

Eine Idee, die man aus legislativer Sicht untersuchen sollte

Wenn die Frage der "Steueramnestie" oder des "Verzichts auf die Verzögerungsentschädigung" aufgeworfen wird, teilen sich die Meinungen in zwei Gruppen, eine Befürworterin und eine Gegenstimme, und reden wir nur über das gegnerische Team und schließen das unterstützende Team jetzt aus.

1/ Dieses Gremium ist der Ansicht, dass Begnadigung und Übertretung keine Gerechtigkeit zwischen dem Schuldner und dem Nicht-Verpflichteten herbeiführen, sondern vielmehr den Nicht-Schuldner unterscheiden, dem er begnadigt wurde, während der Schuldner derjenige ist, der mit den von ihm gezahlten Steuern die Verantwortung für seine Verpflichtung trägt.

2/ Die Amnestie erhöht die Fälle der Schattenwirtschaft mit der Begründung, dass der Staat jedes Jahr Amnestiegesetze erlässt, was zu einer Verwässerung des Engagements der Parallelwirtschaft führt.

3/ Die Aufhebung der Verspätungsgebühr fordert die Finanziere auf, bei der Zahlung der Verzögerung nachlässig zu sein, in der Hoffnung, ein neues Überschreibungsgesetz zu erlassen, das die Steuerschulden senkt, während andere die vollen fälligen Steuern von ihnen zahlen, und dies zeigt Ungerechtigkeit, Gleichheit und Schädigung der Gebühren der Staatskasse.

Dies ist im Allgemeinen eine Zusammenfassung der Hauptargumente der Befürworter dieser Tendenz.

Dies ist ein Teil dessen, was gestern in einer der Sitzungen, an denen ich teilgenommen habe, erwähnt wurde, und ich war viel damit beschäftigt, über dieses Thema nachzudenken, und ich kam auf die Idee, die Meinung derjenigen, die mit der Idee der Amnestie und der Überschreitung einverstanden sind, und derjenigen, die sie ablehnen, in Einklang zu bringen. und ich meine konkret Artikel 110, solange wir eine neue Stufe anstreben und die formelle Wirtschaft in die informelle Wirtschaft einbeziehen wollen.

Diese Idee kam mir durch die Änderung von Artikel 110 des Gesetzes 91 von 2005, als ein Abzug von 30 % der Verspätungsgebühr hinzugefügt wurde, wenn innerhalb der Mission eine Einigung erzielt wird (sei es eine direkte Vereinbarung oder ein Fachausschuss) (wobei der Wunsch vieler zur Kenntnis genommen wurde, diesen Prozentsatz auf 50 % oder 60 % zu erhöhen). Und dieser Artikel kann geändert werden, um ihn in zwei Fälle zu unterteilen:

Der erste ist derjenige, der eine direkte Vereinbarung mit der Mission oder dem Fachausschuss getroffen hat, um von der Verspätungsgebühr von 30 % abzuziehen (wie es derzeit der Fall ist).

Der Rest ist in Zeiträume unterteilt, von denen jeder ein Betrag ist, der auf einen allmählichen Abschlag zurückzuführen ist (lassen Sie diese Zeiträume z. B. drei Perioden sein).

Der zweite Fall ist der Fall derjenigen, die sich an den Berufungsausschuss gewandt haben, und seiner Angehörigen aus den Stufen des Rechtsstreits.

1/ Ihm wird natürlich ein Rabatt von 30% entzogen (das ist das erste).

2/ Eine Außerkraftsetzung wird durch Zeiträume (wie den ersten Fall) gewährt, jedoch zu einem niedrigeren Satz als der, den die Besitzer des ersten Falls (der ersten Mannschaft) erhalten haben.

Mit dieser Idee oder auf diese Weise werden wir die Einwände der zweiten Partei beseitigt und die Gerechtigkeit erreicht haben, von der sie sprechen, sowie wir haben unsere Unterstützung erweitert, um der Steuergemeinschaft Vertrauen zu zeigen und ein realistisches Beispiel dafür zu geben, dass wir vor einer neuen Phase und einem echten Trend zum Aufbau von Vertrauen bei den Finanziers stehen.

Abschließend möchte ich sagen, dass ich hoffe, dass die Mehrwertsteuer die gleiche Aufmerksamkeit und Sorgfalt erfährt wie der Verzug für den kommerziellen Teil, und zwar im Rahmen des vom Ministerium vorgelegten Konzepts, dass die Verzugsgebühr den Hauptbetrag der Schuld nicht übersteigen darf.

Möge Gott Erfolg gewähren und Ihre Schritte leiten.

Gedanken:

Onsy El-Ghamri

Public Accountants
محاسبون قانونيون